



## Krings-Brief vom 10. Februar 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei allen Schwierigkeiten in den ersten 100 Tagen der christlich-liberalen Bundesregierung haben wir vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise zügig die nötigen Maßnahmen ergriffen, dass vor allem die Folgen der Krise sich für Arbeitnehmer in Grenzen halten. So haben wir etwa die Regelungen zur Kurzarbeit verlängert, so dass den Arbeitgebern, die trotz unsicherer Erwartungen keine Entlassungen vornehmen, Planungssicherheit gegeben wird. Ohne eine solche neue Regelung würde die Bezugsfrist für Kurzarbeit, die 2010 begonnen wird, lediglich maximal sechs Monate betragen. Ebenfalls fortgeführt werden die besonderen Erleichterungen im Bereich der Kurzarbeit, so z. B. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge.

Mit dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz spannen wir einen weiteren Schutzschirm für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ohne dieses Gesetz müssten die Beiträge in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung steigen, was angesichts der ohnehin schon hohen Belastungen der Unternehmen zahlreiche Entlassungen zur Folge hätte.

Dank unserer Politik ist es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise auf ein Minimum zu begrenzen. Kein anderes Industrieland hat infolge der weltweiten Wirtschaftskrise einen stabileren Arbeitsmarkt als wir.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir weitere Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt sowie wichtige Wachstumsimpulse gegeben. Besondere Nutznießer dieser Maßnahmen sind die Familien. Dank der Steuersenkungen und gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge haben sie seit Januar dieses Jahres deutlich mehr Geld in der Tasche. So kann etwa eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 54.000 Euro über rund 1.600 Euro mehr verfügen.

Zudem erleichtern es die steuerpolitischen Neuregelungen im Bereich der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuer den Unternehmen, mit den Auswirkungen der Krise fertig zu werden.

Auch in anderen Bereichen ist die christlich-liberale Koalition auf gutem Weg: Wir haben vereinbart, die Investitionen in Bildung und Forschung und damit in den Schlüssel zu unserer Zukunft weiter zu erhöhen. Durch Reformen im Gesundheitssystem werden wir dafür sorgen, dass weiterhin jeder Bewohner unseres Landes Zugang zu einer hervorragenden medizinischen Versorgung zu bezahlbaren Preisen hat.

Wir haben klare Ziele und feste Überzeugungen. Wir sind fest entschlossen, unser Land durch mutige Politik auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

---

### **Höhe der Hartz IV Regelsätze ist nicht verfassungswidrig**

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Hartz IV Regelsätze vom Dienstag dieser Woche hat das Gericht ausdrücklich nicht die Höhe der geltenden Regelsätze für Kinder und Erwachsene in Frage gestellt. Das bisherige System der Regelleistungen hat sich grundsätzlich bewährt. Eine Grundsatzdiskussion um die Höhe der Sozialleistungen ist nicht hilfreich und schafft Verunsicherung.

Die Kritik der Richter beschränkt sich darauf, dass die Berechnung des Existenzminimums nicht ausreichend nachvollziehbar sei. Der Auftrag an den Gesetzgeber, die Transparenz des Berechnungsverfahrens zu erhöhen, ist sinnvoll und sachgerecht.

Wir werden jetzt zügig daran gehen, bis Ende des Jahres ein transparentes Berechnungsverfahren für die Ermittlung der Regelsätze zu schaffen. Den Schwerpunkt werden wir aber auch bei allen gesetzlichen Anpassungen von „Hartz IV“ weiter darauf legen, Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen.

---

### **Zusammenarbeit mit Straftätern muss die Ausnahme bleiben**

Vor dem Hintergrund der Entscheidung der Bundesregierung, für 2,5 Millionen Euro eine CD mit Daten über Steuerhinterzieher zu kaufen, halte ich es für wichtig, jeden Einzelfall zu prüfen. Zwar wäre es gut, wenn wir die Daten erhalten und an die Steuersünder herankommen könnten, denn es darf nicht sein, dass sich Steuerzahler ihrer Pflicht entziehen können. Dies gebiete schon der Grundsatz der Steuergerechtigkeit, aber erst Recht der Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz.

Rechtsstaatlich ist der Ankauf von solchen Daten-CDs aber nicht banal. Der Staat darf nicht ohne jede weitere Prüfung jede beliebige Geldforderung erfüllen. Für einen Rechtsstaat muss es die Ausnahme bleiben, mit Straftätern zusammen zu arbeiten. Wenn den Behörden nun immer weitere CDs angeboten werden, muss in jedem Einzelfall sorgfältig abgewogen werden. Der Ankauf von immerhin strafbar erlangten Daten darf kein Automatismus werden. Ansonsten ist die Gefahr groß, dass die Täter doppelt abkassieren - einerseits durch Erpressung der Steuerhinterzieher, andererseits durch Mittel vom Staat.

Wir müssen daher mit allem Nachdruck unseren Schweizer Nachbarn im Rahmen der Verhandlungen zu einem Doppelbesteuerungsabkommen darüber sprechen, wie Steuerhinterziehungen besser verfolgt werden können. Mit Alleingängen und Drohungen kommen wir hier nicht weiter. Ich begrüße daher ausdrücklich die Gespräche des Bundesfinanzministers mit seinem Schweizer Kollegen.

---

## **Der Euro muss stabil bleiben**

Mit Sorge betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. Die Neuverschuldung des griechischen Staatshaushalts hat mit 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordstand erreicht. Die Europäische Kommission hat Griechenland der verschärften haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung unterstellt. Die EU-Kommission leitete wegen geschönter statistischer Angaben ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Die Annahme der Maßnahmen der Kommission ist für den nächsten Finanzministerrat am 16. Februar terminiert. Bis 2012 hat Griechenland Zeit, sein gravierendes Staatsdefizit in den Griff bekommen. Einschneidende Strukturreformen sind hierfür unabdingbar. Die Regierung in Athen muss das Staatsdefizit nun in den kommenden zwei Jahren unter die Marke von drei Prozent drücken, um den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder einzuhalten und in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu den anderen Mitgliedern der Eurozone aufzuschließen.

Diese Fristverlängerung bis 2012 geht einher mit der Einleitung des verschärften Defizitverfahrens. Danach muss Athen jetzt alle zwei bis drei Monate in Brüssel über seine haushaltspolitische Entwicklung Bericht erstatten. Sollte das Ziel verfehlt werden, drohen harte Sanktionen.

Das entschiedene Vorgehen der EU-Kommission zeigt allerdings Wirkung. Portugal hat im Kampf gegen sein Haushaltsdefizit ebenfalls entschlossene Schritte angekündigt. Die

Regierung in Lissabon hatte im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen.

Nur mit einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik aller Mitgliedstaaten der Eurozone können wir den Euro stabil halten. Diese Einsicht muss auf den anstehenden Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs und der EU-Finanzminister noch einmal sehr deutlich gemacht werden.

Die Voraussetzungen hierfür sind in der Eurozone vergleichsweise besser als andernorts. Während der Internationale Währungsfonds für Länder wie die USA und Japan für 2010 Haushaltsdefizite von 10 Prozent erwartet, werden für den Euroraum nur 6 Prozent prognostiziert. Damit hebt sich unser Wirtschaftsraum vorteilhaft von den beiden großen Ländern ab. Wie wichtig eine solide Haushaltspolitik ist, zeigt gerade die Diskussion darüber, ob die USA mittel- bis langfristig die Spitzennote für die Bonität ihrer Staatsanleihen verlieren könnten. Dies hätte zur Folge, dass die USA höhere Zinsen für neue Staatsanleihen zahlen müsste. Dies alles zeigt, der Euro hat gute Chancen, eine harte Währung zu bleiben.

---

## **Regierungserklärung zu Afghanistan**

In dieser Woche hat der Bundesminister des Auswärtigen in seiner Regierungserklärung zu Afghanistan über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz vom 28. Januar 2010 in London berichtet. An der Konferenz haben Außenminister von 80 Staaten und internationale Organisationen teilgenommen.

---

## **Mehr als eine Million Arbeitsplätze durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten gesichert**

Dank flexibler Arbeitszeiten und des Instruments der Kurzarbeit sind in Deutschland 2009 rund 1,2 Millionen Jobs gesichert worden. Insgesamt ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit krisenbedingt um 3,2 Prozent zurückgegangen.

Die Zahl der Kurzarbeiter stieg 2009 sprunghaft an und lag im Jahresdurchschnitt über einer Million. Bei ihnen fiel gut ein Drittel der normalen Arbeitszeit aus. Auf alle Arbeitnehmer umgerechnet waren es jährlich 15,5 Arbeitsstunden, nach 1,8 Stunden im Jahr 2008. Der Stand auf den Arbeitszeitkonten ist im Jahresverlauf 2009 um 9,3 Stunden je Arbeitnehmer abgeschmolzen. Kräftig abgenommen hat auch die bezahlte Mehrarbeit. Je Arbeitnehmer wurden 13 bezahlte Überstunden weniger geleistet als im Jahr 2008.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

## **Investitionen in Bildung bringen höhere Rendite als Aktien**

Investitionen in Bildung lohnen sich deutlich mehr als bisher angenommen. Wer während einer längeren und aufwendigeren Ausbildung auf mögliches Gehalt verzichtet, erhält später umso mehr, in Einzelfällen sogar doppelt so viel. Im Durchschnitt liegen die privaten Bildungsrenditen bei sechs bis zehn Prozent und damit höher als die durchschnittlichen Renditen der meisten Geldanlageformen. Zudem senkt ein höheres Ausbildungsniveau das Risiko der Arbeitslosigkeit signifikant. Auch der Staat erhält über höhere Steuereinnahmen eine Bildungsrendite von durchschnittlich 7 Prozent.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

---

## **Wirtschaftsleistung expandiert im Schlussquartal 2009**

Die Wirtschaftsleistung wächst deutlich und anhaltend. Wie schon im dritten Quartal beträgt die Zuwachsrate für das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ende vergangenen Jahres 0,6 Prozent. Die Industriesektoren (Produzierendes Gewerbe ohne Bau) wachsen dabei mit 1,6 Prozent am deutlichsten und sind maßgeblich für die Aufwärtsbewegung verantwortlich. Auch für den Bereich „Handel, Gaststätten und Verkehr“ zeichnet sich ein Wachstum von 0,7 Prozent ab.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

---

Den Rheinländern unter den Empfängern des Krings-Briefs wünsche ich fröhliche Karnevalstage!

***Es grüßt Sie herzlich***

***Ihr Dr. Günter Krings***